Erklärung

des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages "Schluß mit den imperialistischen Provokationen gegen die unabhängigen Staaten Afrikas"

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erklären im Zusammenhang mit der Aggression der Kolonialisten gegen die Republik Guinea folgendes:

Der Imperialismus hat ein neues Verbrechen gegen das freie Afrika begangen. Am 22. November unternahmen die portugiesischen Kolonialisten eine bewaffnete Aggression gegen einen souveränen Staat, ein Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen, die Republik Guinea.

Ziel dieses Abenteuers, das eine grobe Verletzung der elementaren Normen des Völkerrechts darstellt, ist es, das progressive Regime in Guinea zu stürzen, dem guineischen Volk den Weg zum Aufbau eines neuen Lebens zu versperren und ihm erneut die Fesseln ausländischer Unterdrückung anzulegen. Gleichzeitig richten die Imperialisten ihren Schlag auch gegen andere unabhängige Länder Afrikas. Sie haben immer noch nicht die Versuche auf gegeben, dort eine Ordnung zu errichten, die es ihnen ermöglichen würde, eine neokolonialistische Politik der Ausplünderung und Ausbeutung ganzer Völker zu betreiben.

Die Absichten der Aggressoren bestanden auch darin, den Freiheitskampf der Völker Guinea-Bissaus, Angolas, Moçambiques, Südafrikas, Simbabwes und Namibias aufzuhalten, die sich von den Fesseln der kolo-